



BürgerInnenbrief

18. Juli 2011

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

HSH Stresstest +++ Doppelrennbahn +++ Wohnen & Mieten +++ Strategie der LINKEN +++ Tipp: Sommertheater

HSH im Stresstest und eine Bilanzfälschung

von Joachim Bischoff



Erneut erleben wir Politik, wie wir sie seit Jahren gewohnt sind und daher lieben: »Es ist eine gute Nachricht, dass die HSH-Nordbank auch diesen Stresstest bestanden hat... Gleichwohl zeigt das Abschneiden auch, dass eine Fortsetzung des Restrukturierungskurses erforderlich ist – auch wenn die bevorstehenden Auflagen der EU bei diesem Test noch nicht berücksichtigt wurden.« (O-Ton der schleswig-holsteinischen Wirtschaftsstaatssekretärin Tamara Zieschang) Einfach wunderbar diese Schönrednerei, alles im grünen Bereich oder?

Das harte Faktum: Die HSH Nordbank hat den europaweiten Stresstest 2011 zur Kapitalausstattung der Banken nur knapp bestanden. Ihre harte Kernkapitalquote liegt mit 5,5% über dem von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) geforderten Wert von 5,0%. Wichtiger ist freilich: Die Bankentester unterstellten für das laufende Jahr ein Bilanzvolumen von 151 Mrd. Euro – faktisch dürfte es in diesem Jahr deutlich unter 139 Mrd. liegen und die EU-Kommission hat ein weiteres Gesundschumpfen angeordnet. Die HSH Nordbank soll bis 2013 – wenn sie dann ihre toxischen Papiere alle abgestoßen oder verwertet hat – bei einem Bilanzvolumen von 79 Mrd. Euro liegen und dieser Umsatz soll überwiegend in der Region erwirtschaftet werden, was freilich erst noch zu schaffen wäre. Der Stresstest stimmt von den Rahmenbedingungen nicht.

Die beteiligten Kreditinstitute wurden jeweils drei Szenarien unterzogen, um die Überlebensfähigkeit zu überprüfen. Im 1. Szenario ging man von guten wirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen aus, im 2. Szenario von schlechten wirtschaftlichen Entwicklungen, im 3. Szenario überprüfte man zusätzlich zu schlechten wirtschaftlichen Entwicklungen noch Wertverluste bei Staatsanleihen. Ein Blick auf die zurückliegenden Krisenphänomene enthüllt die Absurdität: Die Stresstests prüfen, wie die Banken eine Schrumpfung der Wirtschaftskraft der Eurozone 2011 um 0,5%, einen 15%-Rutsch an den Börsen sowie mögliche Verluste im Handel mit Staatsanleihen verkraften würden. In der Realität sind dies alles Schönwetterannahmen, es muss sich daher niemand wundern, wenn dieses Zertifikat wenig überzeugt.

Zur Schönrednerei gehört auch, dass die HSH laut Informationen des NDR im September 2010 einen Bußgeldbescheid über 50.000 Euro von der Bankenaufsicht erhalten und diese Summe klammheimlich bezahlt hat. Warum das? In diesem Bußgeldbescheid geht es um die im Jahr 2007 getätigten Omega-Deals 52 und 55. Mit dem Ziel »Bilanzentlastung« hatten die Verantwortlichen der HSH Nordbank in Kooperation mit der BNP Paribas Überkreuzgeschäfte in Größenordnungen von mehreren Milliarden getätigt. Der HSH hatte der Deal anschließend einen 500-Millionen-Euro-Verlust beschert.

Dieser Verlust war der Auslöser für die desaströse Schieflage der Bank, die beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mussten sie mit Steuergeldern in Milliardenhöhe vor der Insolvenz retten (siehe ausführlicher: J. Bischoff/K. Persson/N. Weber, Tatort HSH Nordbank, VSA: Verlag Hamburg 2010). Grund des Bußgeldbescheides war, dass die Bankverantwortlichen die BaFin nicht in gebotener Weise über die Geschäfte informiert hatten. Die BaFin hatte im Dezember 2007 und nochmals im Februar 2008 konkret über den Umfang der Geschäfte angefragt. Zudem spielt der Inhalt einer E-Mail der HSH Rechtsabteilung an die Verantwortlichen – u.a. an den Vorstand der Bank – vom 20. Dezember 2007 eine Rolle. In dieser E-Mail heißt es: »Wir sollten jegliche Verpflichtung bei dieser Sache vermeiden, da wir nicht beabsichtigen, die BaFin über diesen Deal zu informieren.« Es war also von vornherein klar, dass die Landesbank diese Risiken nach nur wenigen Wochen wieder in ihre Bücher zurücknehmen wollte und es nur um kreative Bilanzauflüchtungen zum 31.12.2007 ging. Dieses ist im Wertpapiergeschäft untersagt und wäre von der BaFin niemals genehmigt worden.

Die Bank verletzte also Vorschriften, die Aufhübschung der Bilanz fiel auf, das Bankmanagement erfand Ausreden, im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss suchten Abgeordnete nach der Wahrheit und wurden durch die Schweigeallianz von HSH und Bankenaufsicht verladen. Die Bankenaufsicht erließ im September 2010 einen Bußgeldbescheid und die Bank akzeptierte. Das Parlament wurde nicht einmal unterrichtet, der Untersuchungsausschuss quälte sich in die Schlussphase, denn mit dem Platzen der schwarz-grünen Regierungskoalition war das Ende der Untersuchung bei der HSH Nordbank programmiert.

In ihrem Bußgeldbescheid beschreibt die BaFin auf 13 Seiten die Pflichtverstöße der Vorstände sowie die organisatorischen Mängel innerhalb der Bank. Die BaFin sieht zwar viele Hinweise auf bewusste Täuschung, wirft den Bankvorständen aber lediglich Fahrlässigkeit vor. Hätte die BaFin ihren Vorwurf »bewusste Täuschung« bis hin zur vorsätzlichen

Bilanzfälschung Ernst genommen, hätte sie eine sofortige Absetzung der Vorstände sowie die Verhängung eines Moratoriums über die HSH Nordbank auf den Weg bringen müssen.

Die BaFin setzt sich damit dem Vorwurf aus, die Öffentlichkeit und auch dem Parlament in Hamburg dieses Fehlverhalten nicht mitgeteilt zu haben. Schon bei den Anhörungen des Untersuchungsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zeigte sich die BaFin nicht sehr auskunftsfreudig. Der Erlass eines Strafbefehls unterstreicht nachträglich die Notwendigkeit hartnäckigen Nachfragens, was leider auch von der Bankenaufsicht missachtet wurde, obwohl die Antworten für den Untersuchungsauftrag maßgeblich gewesen wären. Wäre der Bürgerschaft und dem Untersuchungsausschuss dieser Bußgeldbescheid bekannt gemacht worden, hätte die im Herbst 2010 endlich durchgesetzte erweiterte Akteneinsicht von HSH Nordbankakten einen ganz anderen Stellenwert erhalten. Für mich bleibt der bittere Nachgeschmack: Bei dem zentralen Kreislaufgeschäft namens Omega wurden Vorschriften verletzt und Bilanzen aufgehübscht. Die HSH Nordbank und die Bankenaufsicht haben – aus unterschiedlichen Gründen – die Aufklärung durch Staatsanwaltschaft und Untersuchungsausschuss nicht befördert.

Bleiben die strafrechtlichen Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft gegen die damals verantwortlichen Bankvorstände: Derzeit laufen die Ermittlungen offenbar noch, denn die Anklagen sind bislang nicht eröffnet worden. Im Interesse des Steuerzahlers bleibt zu hoffen, dass nach dem nachträglichen Bekanntwerden des Bußgeldverfahrens seitens der BaFin endlich Bewegung in die Strafermittlungen kommt und die Verfahren eröffnet werden. Die Steuerzahler haben ein Recht darauf. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Dr. Nonnenmacher erklärte am 19.8.2010 in einem Interview: »Der Vorwurf der Bilanzfälschung ist absurd und wird durch Wiederholung nicht stichhaltiger. Eine falsche Bilanz ist keine gefälschte Bilanz.« Dank der kritischen Recherche des NDR, mit der nun ein wenig Licht in das Dunkel gekommen ist, wissen wir heute, dass auch dies die Unwahrheit ist.

VSA: Tatort HSH Nordbank

Joachim Bischoff/Knut Persson/Nobert Weber

Tatort HSH Nordbank. Über »Bankenrettungen«, Landesbanken und Schlammschlachten
176 Seiten | EUR 14.80 | ISBN 978-3-89965-445-5

Die HSH Nordbank bleibt in den Schlagzeilen. Sie und andere Landesbanken verkörpern das Desaster von Provinzbanken, die sich zusammenschlossen, um Global Player zu spielen, die die Spielregeln der internationalen Finanzmärkte aber nicht kannten und deswegen mit dem Geld der Bürger aus Schleswig-Holstein und Hamburg gnadenlos scheiterten. Das höhere Risiko der Geschäfte, um die Profite zu realisieren, wurde dabei vom Führungspersonal der Bank bewusst in Kauf genommen, was sie mehr oder minder »selbstbewusst« in den Befragungen der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse auch einräumen mussten. Die Autoren decken die Hintergründe auf, analysieren die zugrunde liegende Bankenkrise sowie die Rolle der Landesbanken und machen deutlich, dass es Alternativen zu den halbherzigen Reformen des Bankensektors gibt.

Im Buchhandel oder bei VSA: St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg | www.vsa-verlag.de



Wiederauferstanden?



An der Kehre des Geläufs wiederauferstanden: Kommt die Doppelrennbahn doch?

Eigentlich hatten wir die auf dem Derbygelände in Horn geplante Doppelrennbahn – die Zusammenlegung von Bahrenfelder Trab- und Horner Galopprennbahn – ja schon an der Kehre des Geläufs beerdigen und in Gedanken ein Gläschen Sekt erheben wollen, als Alt-Bürgermeister Ole von Beust (CDU) am 16. Juni 2010 erklärt hatte, dieses Projekt sei »nicht mehr finanzierbar« (Hamburger Abendblatt vom 2.7.2011). DIE LINKE hatte es nicht nur wegen der ergebnislos vergeudeteten 527.917,61 Euro für die Planungskosten, sondern vor allem wegen der mindestens 30 Mio. Euro für den Umbau als einzige Fraktion von Anfang an abgelehnt. All dies ist dokumentiert in einer Broschüre vom Mai 2010.

Die könnte wieder zu neuen Ehren kommen und sogar nachgedruckt werden: Denn ausgerechnet von Beusts sozialdemokratischer Amtsnachfolger, der Sparkommissar Olaf Scholz, holte die olle Kamelle jetzt wieder aus der Versenkung. Zur allgemeinen Überraschung ließ er jüngst durchblicken, dass man die alten Unterlagen wieder ans Tageslicht befördern und bearbeiten würde. Was verbirgt sich dahinter, dass laut Anfragen-Amtsdeutsch des Senats »eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe die Perspektiven für den Pferdesport in Hamburg und in diesem Zusammenhang auch Standort- und Finanzierungsfragen« neu erörtert, wie es in einer Bürgerschaftsdrucksache vom 12.7.2011 heißt, obwohl noch im erst kürzlich vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2011/2012 von einem »weggefallenen Ansatz« zu lesen ist? Beusts Rückzug wurmte die Phalanx der nicht ganz ein-

flusslosen Pferdefreunde, von Ex-Senatorin Elisabeth Kiausch (SPD) bis hin zum Kaffeemillionär Albert Darboven. Das unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindende Drängen dieser Klientel findet nun beim amtierenden Bürgermeister offene Ohren.

Diese möchte 6.000 Wohnungen bauen und die Autobahn 7 zwischen dem Elbtunnel und Stellingen überdeckeln lassen. Doch für alles fehlt Fläche (zumindest im ersten Fall) und insbesondere auch viel, viel Geld. Und so wurde schon unter dem CDU-GAL-Senat daran gedacht, die Trabrennbahn in Bahrenfeld aufzugeben und das Gelände für viele Millionen Euro an Immobilienfirmen zu verkaufen, um daraus den Lärmschutz über der A7 sowie den Neubau einer um die Trabrennbahn erweiterten Kombibahn in Horn zu finanzieren. Zudem sollte etlichen KleingärtnerInnen in Altona gekündigt und einem Teil von ihnen auf dem neuen A7-Deckel ein kleines Pacht-fleckchen mit nicht besonders tief gehender Erde eingeräumt werden, um die frei gemachten Flächen wiederum mit Wohnungsbau zu versehen.

Doch dieser doppelte Rittberger hatte schon damals seine Haken und Ösen, weil er die Interessen eines erheblichen Teils betroffener Menschen weitgehend ignorierte. Ein sich abzeichnend positiv ausgehendes Bürgerbegehren der Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« (den es auf dem Deckel nicht geben würde) zum Erhalt der Kleingärten wurde vom Senat kurzerhand evoziert. Im guten Glauben an eine neue Fläche auf dem Deckel verkaufte der Sportverein Al-

tona 93 schon mal seinen Trainingsplatz – und steht heute ohne Ersatz da. Kritik der Horner BürgerInnen an der massiven Beschränkung ihres Park- und Freizeitgeländes, an erheblichen zusätzlichen Verkehrsbelastungen und Lärmbelastigungen begegneten Bezirk und Behörde mit dem Angebot einer »Planungsmediation« – zu der es nie gekommen ist.

Nun tritt also der neue SPD-Senat in die ausgetretenen Stapfen seines Vorgängers. Und macht absehbar die gleichen Fehler. BürgerInnen sind in die entbrannte Debatte (bisher nicht einbezogen, alles Neue erfährt man bestenfalls aus der Presse. Mit dem möglichen Ausbau der Galopprennbahn in Horn zur Doppelrennbahn ginge aber absehbar die wichtigste grüne Lunge für Horn verloren: Bisher wird das Areal an ca. sieben Tagen im Jahr für den Pferdesport genutzt (an den anderen 358 von der Bevölkerung), nach einem möglichen Zuzug der Traber kämen rund 60 »Rennveranstaltungen« (davon ein Drittel am Wochenende) hinzu, von den Trainingseinheiten einmal ganz abgesehen. Doch statt den bundesweit kriselnden Pferdewettssport in die Schranken zu weisen, ist es üblich, dass der Senat auch noch Zuschüsse aus seiner Schatulle gewährt. In diesem Jahr soll das defizitäre Derby mit den großen Hüten laut Abendblatt-Artikel wiederum mit 200.000 Euro unterstützt worden sein.

Gerade die SPD Hamburg-Mitte – offenbar eine Ansammlung von Pferdenarren – war es, die nicht müde wurde, den Horner BürgerInnen das Vorhaben schmackhaft zu machen, indem sie einen Zusammenhang konstruierte zwischen der

Realisierung eines Stadtteilhauses und dem Akzeptieren der Doppelrennbahn. DIE LINKE hat immer dagegen argumentiert und diesen faktischen Erpressungsversuch abgelehnt: Stadtteilhaus kommt, Kombibahn muss überhaupt nicht! Und DIE LINKE hat Recht behalten, denn nach der Absage der Doppelrennbahn wurden die Stadtteilhaus-Planungen weiterbetrieben, alles andere wäre nach so vielen Jahren der Forderungen und Planungen auch ein echter Skandal gewesen.

Doch auch zu unserer Überraschung ergab sich auf einer Informationsveranstaltung am 7. Juli in Horn, dass das Stadtteilhaus keine städtische Einrichtung sein wird. Vielmehr soll das Grundstück an einen Investor verkauft werden, der wiederum einen Baukostenzuschuss erhält, um ein von ihm geführtes Zentrum zu schaffen. Rein gemeinnützige Ziele wird der betreffende Herr nicht verfolgen, für ihn sei das Projekt »ein Stück weit Altersversorgung«, wie er freimütig auf der Veranstaltung bekannte.

Dies alles ist schon ein starkes Stück, kein Wunder, dass erste BürgerInnen aus Horn bereits ihre Wut über die nun womöglich doch kommende Doppelrennbahn zum Ausdruck brachten. Mit einer Kleinen Anfrage versucht DIE LINKE Licht in die Sache zu bringen. Sollte im neuen Etatentwurf die Kombibahn doch wieder als Posten auftauchen, wird DIE LINKE erneut dagegen stimmen. Und das Stadtteilhaus Horn darf nicht als Public-Private-Partnership, sondern muss als kommunales Projekt entstehen. Nur so sind private Gewinnerwartungen und -ansprüche zu verhindern.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Samstag, 23.7., 9:30-17:00 Uhr, Treffpunkt: Quartier St. Ansgar-Schule, Alfredstraße (nahe dem Marienkrankenhaus): Erste Etappe der ehrenamtlich geführten **Umweltradtour**, veranstaltet von der Grünen Liga. Vorbei am Gelände der »internationalen gartenschau« in Wilhelmsburg geht es über die Außenalster bis zur Boberger Niederung. Am **24.7., 9:30-18:00 Uhr** geht es dann von Bergedorf nach Lüneburg. Näheres unter www.tourdenatur.net oder unter 0176/96 52 34 08.

Samstag, 23.7., 16:00 Uhr, Friedhof Ohlsdorf, Mittelallee, Sammelgräber der Bombenopfer: Auftakt zum **Ohlsdorfer Friedensfest**, u.a. mit einem Konzert der Gruppe »Gospel on Earth« (18:00 Uhr); weitere Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Bombenkrieges und des Nationalsozialismus finden noch bis zum 3.8. statt. Gesamtprogramm unter: http://www.friedhof-hamburg.de/fileadmin/Dateien/bilder/veranstaltungen/pdf/Friedensfest_2011.pdf

19.–21.8., Else-Rauch-Platz, Eimsbüttel: das schon legendäre **Methfesselfest**. Das Initiaven- und Mitmachfest lockt mit Kultur und Politik. Am **21.8.** diskutieren von **12:00 bis 13:30 Uhr** Senatorin Jutta Blankau, ein BUND-Vertreter und Heike Sudmann über **Wohnungsbau und Umweltpolitik** – moderiert von Burkhard Plemper. Das Gesamtprogramm gibts unter <http://methfesselfest.de>

Wie wollen wir im Alter wohnen? Dieser Frage wird in der Studie **Wohnwünsche im Alter** (Herausgeber u.a. Deutscher Mieterbund und Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmer e.V.) nachgegangen. Sie ist im Netz unter http://www.dgfm.de/pdf-dateien/pressemitteilungen/2011/bau2011/Emnid_Wohnwuensche.pdf zu bekommen.

Wohnungsnot: Nun mal ran, Bezirke!



Druck machen, damit Torsten Sevecke den BürgerInnenwillen nicht missversteht

Jetzt ist es also heraus: »Scholz spricht offen von »Wohnungsnot«, titelte Die Welt am 5. Juli. Ganz offensichtlich lässt sich nicht mehr kaschieren, was Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau und Staatsrat Michael Sachs noch schöngeredet hatten: In Hamburg fehlen reichlich Wohnungen, mit steigender Tendenz, denn die Bevölkerungszahl der Freien und Hansestadt wächst, im letzten Jahr um 12.224 Menschen (Die Welt vom 13.7.).

Anlass für das Scholz'sche Eingeständnis war die Verkündung der in den vorausgegangenen Wochen zwischen dem Senat und den Bezirken abgestimmten Vereinbarung über den Wohnungsneubau. Dieser Vertrag, dem noch ein entsprechendes Papier mit der Wohnungswirtschaft folgen soll, »regelt verbindlich das Zusammenspiel zwischen Senat und Bezirken«, heißt es in einer Presseerklärung vom 4. Juli. »Er schreibt gemeinsame Ziele entsprechend dem Arbeitsprogramm des Senats fest. Er formuliert gemeinsame Wohnungsbauziele und beinhaltet Vereinbarungen für künftige Wohnungsbauprogramme in den Bezirken.«

Zentrale Punkte dieses Vertrages sind

- Neubau von 6.000 Wohnungen pro Jahr, davon 2.000 öffentlich geförderte im 1. und 2. (noch zu schaffenden) Förderweg
- Neubauziele in den Bezirken: Hamburg-Mitte 750, Altona 900, Eimsbüttel 700, Hamburg-Nord 900, Wandsbek 1100, Bergedorf 600, Harburg 700, Senat (Vorbehaltsgebiete und Hafencity) 650
- Beschlussfassung über bezirkliche Wohnungsbauprogramme bis Ende 2011

- Neubau von jährlich 1.000 Wohnungen durch die SAGA GWG (voraussichtlich erst ab 2013 zu realisieren)
- Bereitstellung geeigneter städtischer Flächen (Vergabe vermehrt nach der Konzeptqualität und nicht mehr vorrangig nach dem Höchstgebot)
- Beschleunigung der Genehmigungsverfahren (maximal sechs Monate von der Bauantragstellung bis zur -genehmigung) und bevorzugte Abarbeitung von Bebauungsplanverfahren
- Aufstockung der Bezirksämter um zehn Stellen, Abordnung weiterer 14 MitarbeiterInnen aus der BSU
- Unterstützung für Planung und Beteiligungsprozesse in den Bezirken von bis zu einer Million Euro jährlich
- Ausbau und Standardisierung des Berichtswesens
- frühzeitige, umfassende Bürgerinformation und -beteiligung
- Schaffung einer Konfliktlösungshierarchie (Wohnungsbaubeauftragter; Wohnungsbaukoordinierungsrunde unter Vorsitz des Wohnungsbaubeauftragten Sachs; Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau unter Vorsitz von Bürgermeister Scholz)
- Ein »Bündnis« für das Wohnen in Hamburg«.

Bleiben diese Punkte nicht bloße Absichtserklärungen, dann werden hier tatsächlich Schritte aus der von Schwarz-Grün verursachten Wohnungsmisere unternommen. Sollte es dem Senat in den kommenden zwei Jahren gelingen, die Zielmarke von 6.000 neu errichteten Wohneinheiten zu erreichen, würde zumindest eine Wende in der Wohnungspolitik eingeleitet werden.

Aber diese Zielmarke reicht nicht, und das geplante Drittel öffentlicher geförderter Sozialwohnungen wird dem realen Bedarf in dieser reichen armen Stadt nicht gerecht. Überfüllte Notunterkünfte, rund 4.000 Wohnungslose, lange Schlangen, wenn es mal eine günstigere Wohnung zu besichtigen gibt, Mietpreissprünge bei Neuvermietungen von durchschnittlich fast 10%, usw. usf. – wir haben die Dramatik in zahlreichen BürgerInnenbriefen beleuchtet und beziffert. Die Schlussfolgerung kann nur lauten: Hamburg braucht Zehntausende neuer Sozialwohnungen mehr, auch um einer im »unteren Drittel« immer ärmer werdenden Stadtgesellschaft entgegenzuwirken.

Gleichwohl eröffnet das Senatsprogramm neue Möglichkeiten und fährt die Neubaukapazitäten erheblich an. Der Erste Bürgermeister weiß wohl, warum er den Wohnungsbauvertrag mit den Bezirken öffentlichkeitswirksam vorstellte – wir werden das noch einmal erleben, wenn die Wohnungswirtschaft ihre Unterschriften leistet. Alle sieben Bezirke wurden ins Boot geholt, um zumindest mittelfristig Erfolge erreichen zu können. Seit der Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes von 2006 sind die Bezirke für die Bauleitplanung und damit auch für die Umsetzung von Wohnungsbauvorhaben zuständig. Wird das Programm ohne große Abstrich umgesetzt, werden das viele von Wohnungsnot Betroffenen als Fortschritt betrachten.

Insofern geht die von Robert Jarowoy im letzten BürgerInnenbrief vorgetragene Pauschalkritik an der SPD in Sachen Wohnungspolitik (»Handlangerpartei des Kapitals«) bei diesem Punkt an der Sache vorbei. Natürlich muss DIE LINKE nicht den Sozialdemokraten auch noch den Rücken stärken, aber eine differenzierte Politik sollte man schon zur Kenntnis nehmen, sonst folgen falsche Konsequenzen für das eigene Handeln. So stimmt gerade nicht, dass der SPD nichts näher läge als Wärmedämmung und Passivhausstandard. Senatorin Jutta Blankau hat wiederholt angekündigt, dass es einen über dem Bundesdurchschnitt liegenden Passivhausstandard als

Pflichtprogramm in Hamburg nicht geben wird – und zwar mit der Begründung, dass dadurch Mieten generiert würden, die ein großer Teil der Bevölkerung nicht zahlen kann.

Die Aufgabe der LINKEN sollte auch weiterhin darin bestehen, die Mängel, Halbheiten und kontraproduktiven Seiten der sozialdemokratischen Politik in Hamburg beim Namen zu nennen, Forderungen und Gegenkonzepte aufzustellen und dabei in enger Verbindung und Kooperation mit den engagierten Initiativen, Verbänden und außerparlamentarischen Bewegungen zu wirken. Warum ein solcher Politikstil erforderlich ist, lässt sich am Beispiel von Äußerungen des Eimsbütteler Bezirksamtsleiters Torsten Sevecke deutlich machen: Der Mitverfasser des Wohnungsbauvertrages missversteht offenbar die in der Vereinbarung fixierte Bürgerbeteiligung gründlich, wenn er mit Blick auf die Hunderten Bauvorhaben eine Zunahme des Konfliktpotenzials und der Bürgerbegehren prognostiziert. Er wolle die BürgerInnen natürlich »bei allen Projekten möglichst vorab an den Planungen beteiligen«, wird er zitiert, allerdings »sei mit dem Senat abgesprochen, dass dieser bei einer Verschärfung von Konflikten evoziere, also die Verfahren an sich ziehe. Somit würden Bürgerbegehren ins Leere laufen, da die Projekte dann auf Landesebene und nicht mehr auf Bezirksebene angesiedelt wären« (Die Welt vom 12.7.2011).

Ist der Bezirksamtsleiter richtig zitiert worden, wird sich Herr Sevecke warm anziehen müssen. Wie nicht nur Stuttgart 21 zeigt, wird Politik heute, gerade wenn es um Wohnungsbauprogramme in der angekündigten Größenordnung geht, ohne umfassende Einbeziehung und aktive Beteiligung der betroffenen Menschen und Quartiere nicht erfolgreich sein. Wer Bürgerbeteiligung zur Farce macht und Bürgerbegehren kategorisch aushebelt, wird sich nicht nur den Widerspruch der LINKEN und den Zorn der BürgerInnen zuziehen. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Baut lieber flächendeckend noch mehr Sozialwohnungen, wenn die Unterstützung der BürgerInnen erreicht werden soll!

Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website of Dr. Joachim Bischoff, a member of the Hamburg City Council (Bürgerschaft). The main content area features a news article titled "Die „GagLab“ in öffentliche Hand!" published on April 21, 2011. The article text discusses the acquisition of the GagLab building by the city of Hamburg. The sidebar on the right contains navigation options such as "Alle Beiträge", "Die Themen" (listing various political topics), and "Die LINKE in Hamburg". The website header includes the name "Dr. Joachim Bischoff" and his affiliation with "DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft".

Protest gegen Hochgruppierungen erfolgreich



Wo einst 1000 Töpfe war, wird aus normaler eine »gute« Wohnlage?

Bereits im letzten BürgerInnenbrief haben wir über die »Abgründe des Mietenspiegels« berichtet. In dieser Ausgabe sollen die Ausführungen fortgesetzt werden, da voraussichtlich im November der neue Mietenspiegel 2011 von der Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung (BSU) vorgelegt wird. Nach etlichen Meldungen über enorme Mietpreissprünge in den vergangenen zwei Jahren steht zu erwarten, dass er wiederum (von 2007 auf 2009 waren die Sätze im Durchschnitt um fast 8% angewachsen) steil nach oben gehende ortsübliche Mieten »abbildet«. Das neu geschmiedete Bündnis »Mietenwahn-sinn stoppen!« im Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt bereitet für Ende Oktober eine große Demonstration vor, in der die Mietenexplosion und auch der Mietenspiegel im Mittelpunkt stehen dürften.

An einem Beispiel soll die problematische Seite des Wohnlagenverzeichnisses, der dem Mietenspiegel anhängt, erläutert werden. Dies ist um so wichtiger, weil die BSU nicht müde wird, zu behaupten, dass das Wohnlagenverzeichnis mit seiner Einteilung in eine »normale« und eine »gute Wohnlage« nahezu unumstritten sei, angeblich soll es 2009 lediglich 33, d.h. »unter 0,2%« Einwendungen gegeben haben – so zumindest die »Beratungsgesellschaft für Wohnen, Immobilien und Tourismus mbH – Analyse & Konzepte«, die im Auftrag der BSU die Erhebungen bzw. Aktualisierungen des Mietenspiegels alle zwei Jahre vornimmt.

Tatsächlich hat es um die Wohnlageneingruppierung vor allem in St. Georg erhebliche Auseinandersetzungen gegeben. Dazu muss man wissen, dass das Hauptbahnhofviertel seit der Reduzierung von drei auf zwei Wohnlagen 1986 vollständig in die normale Wohnlage eingestuft war. Der im September 2005 vorgelegte Mietenspiegel gruppierte dann jedoch diverse Grundstücke in alsternenahen Straßen von der norma-

len in die gute Wohnlage hoch: so in der Alstertwierte, An der Alster, Gurlittstraße, Koppel, Rautenbergstraße, Schmilinskystraße und St. Georgs Kirchhof.

Unmittelbar nach Verkündung des neuen Mietenspiegels bekamen SAGA-MieterInnen u.a. in der Koppel sowie in der Schmilinskystraße ein Mieterhöhungsverlangen von bis zu 20% zugestellt. Der Unterschied zwischen normaler und guter Wohnlage beträgt je nach Baualter, Größe etc. satte 50 bis über 100 Euro monatlich. In St. Georg regte sich Protest, SAGA-MieterInnen gingen vor Gericht, am 1. März 2006 fand eine Protestveranstaltung mit über 100 TeilnehmerInnen statt. Zwei Wochen später gründete sich die Initiative »Ohne Mix is nix!«, die etwa 1.000 persönlich unterzeichnete Widerspruchs-Reverse gegen die Hochgruppierung sammelte. Für viele St. GeorgerInnen war der Kampf gegen die Wohnlagenveränderungen gleichbedeutend mit dem Widerstand gegen die anhaltende Gentrifizierung ihres Viertels. Der Stadtteilbeirat St. Georg sprach sich mit den Stimmen von SPD, GAL und der LINKEN März einstimmig gegen die Hochgruppierung aus.

Auf der erwähnten Stadtteilbeiratssitzung versuchte Matthias Klupp, der Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft »Analyse & Konzepte«, vergeblich, die »wissenschaftlichen Grundlagen« der Wohnlageneinstufung darzustellen. Von der Mix-Initiative wurde u.a. angeführt, dass die Bebauungsdichte und die Lärmbelastungen zugenommen hätten, während der Grünanteil reduziert worden wäre. Klupp führte unter dem Druck der Argumente an, dass die Hochgruppierung letztlich auf der Erhöhung der Bodenrichtwerte basiere, deren Faktor in der »Berechnung« bis heute so hoch ausfällt, dass de facto alle anderen Punkte unerheblich sind. Im Klartext: Gibt es viele neue hochpreisige Miet- und Eigentumswohnungen, erhöht die SAGA ihre Mieten überdurch-

schnittlich, zeige sich daran die erhöhte Nachfrage, und die wirke sich eben im Ansteigen der Bodenpreise und darüber in der Hochgruppierung in die gute Wohnlage aus.

Am 1. Juli 2007 bekamen schließlich zwei SAGA-MieterInnen Recht, die mit Hilfe des Vereins Mieter helfen Mietern gegen die mit der Wohnlagenveränderung begründete Mieterhöhung erfolgreich geklagt hatten. Vor dem Hintergrund des Landgerichtsurteils wurde die Hochgruppierung im Mietenspiegel 2007 für die Straßenabschnitte Koppel 42-86 und 43-79 sowie Schmilinskystraße 49 wieder getilgt. Ein großer, politisch und juristisch errungener Etappensieg gegen die Aufschickung des Quartiers, der leider nur die angeführten Straßenabschnitte betraf.

Im Mietenspiegel 2009 wurde dann die komplette St. Georgstraße als gute Wohnlage klassifiziert. Erneut klagten zwei SAGA-MieterInnen, in diesem Falle aus demselben Gebäude. Erinstanzlich entschied ein Richter ohne Ortsbegehung, die Mieterhöhung unter Bezugnahme auf die gute Wohnlage sei gerechtfertigt, ein anderer Richter dagegen entschied nach einer Besichtigung genau gegenteilig. Aberwitzig, aber für einige Monate musste der eine Mieter beträchtlich mehr zahlen als der andere, obwohl sie beide die gleiche Adresse hatten. Dieser Absurdität machte im Mai 2011 das Landgericht Hamburg ein Ende. »Der eine gute Wohnlage kennzeichnende »starke Grünbezug« und das »straßenbildprägende Grün« fehlen bei der (...) St. Georgstraße völlig«, heißt es im Urteil. Und weiter: »Die St. Georgstraße weist auch kein gepflegtes Straßenbild auf.« Eine »Durchmischung von Wohnungen mit Laden- und Gewerbenutzung ist typisch für eine

normale Wohnlage und ist in guten Wohnlagen in der Regel nicht vorhanden.« Wie die Zivilkammer 11 des Landgerichtes Hamburg »zutreffend ausgeführt hat, bedingt das deutliche Ansteigen der Bodenrichtwerte (...) nicht schon per se einen solchen Anstieg der Wohnqualität, dass eine deutliche Erhöhung der Mieten in diesem Bereich gerechtfertigt wäre. (...) Auch die zentrale Lage der St. Georgstraße führt nicht zu einer überdurchschnittlich hohen Wohnqualität, die die Einordnung in die gute Wohnlage rechtfertigen würde.«

Geldwerte Ausführungen, die Balsam für die Seele vieler von der Aufwertung und Verdrängung bedrohter AnwohnerInnen sind – und auf die sich möglicherweise auch andere MieterInnen und Quartiere berufen können. Der das Urteil erstreitende Mietrechtsanwalt Manfred Alex äußerte dann auch zu Recht zu dem neuerlichen Erfolg: »Die mit der Einordnung der betroffenen Wohnungen in eine gute Wohnlage begründeten Mieterhöhungen sind damit gestoppt und die jetzigen Mieter werden nicht zugunsten anderer zahlungskräftigerer Mieter verdrängt.«

Das Beispiel St. Georg zeigt, dass Widerstand gegen den Mietenspiegel bzw. das Wohnlagenverzeichnis organisiert werden und politisches und anwaltliches Beharren erfolgreich sein können. DIE LINKE wird in den anstehenden Konflikten um den Mietenspiegel 2011 die preistreibenden Aspekte und die vermeintlich wissenschaftlichen Berechnungsgrundlagen des Mietenspiegels in den Vordergrund rücken. Im Verbund mit einer großen außerparlamentarischen Bewegung gegen die Mietenexplosion und die Yuppisierung ganzer Viertel sind weitere Etappensiege möglich.

Politik in »atemberaubendem Tempo«?

Thesen zur Strategiediskussion der LINKEN¹

Die wirtschaftliche und politische Elite sonnt sich in einem spektakulären ökonomischen Aufschwungprozess nach der großen und letztlich immer noch unbewältigten Wirtschafts- und Finanzkrise. Auch der massive Kurswechsel in der Energie- und Atompolitik scheint locker weggesteckt zu werden. »Die Liberalen werden verspottet. Den Christdemokraten sind alle politischen Glaubensbekenntnisse der früheren Jahre verlorengegangen. Die Linke liegt wie eh und je im inneren Clinch. Die Grünen verbürgerlichen im atemberaubenden Tempo. Eigentlich müsste der Raum für eine sozialdemokratische Regeneration riesig sein. Aber die Sozialdemokraten dümpeln nach wie vor kraftlos vor sich hin. Europaweit im Übrigen.«² Diese Beschreibung trifft die augenblickliche politische Landschaft und die Kräfteverhältnisse. Uns interessiert vor allem die weitgehende Abwesenheit und Selbstabschottung der Linken. Wenn der Sozialdemokratie Ideen und strategische Konzepte fehlen, gilt es für die Linke jenseits der SPD erst recht, auch wenn mit Blick auf die europäischen Nachbarländer DIE LINKE in Deutschland erst in den letzten Monaten wachsende Schwierigkeiten hat, sich politisch-strategisch aufzustellen. Wie ist die Lage im politischen Feld?

Umgruppierung im bürgerlichen Lager

Schon das Entree von Schwarz-Gelb bei den Bundestagswahlen 2009 war dürrtig. Gerade noch ein Drittel der Wahlberechtigten votierten für das bürgerliche Bündnis, 300.000 weniger als 2005, als es nur zu einer »großen« Koalition reichte. Doch seitdem ist der Wahlsieger 2009, die FDP, nahezu pulverisiert und auch CDU und CSU verlieren an Wählerstimmen und Mitgliedern. Die Schwäche des politisch organisierten Konservatismus im politischen Wettbewerb ist längst in Führungsverlust umgeschlagen.

¹ Joachim Bischoff, Richard Detje, Hasko Hüning, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Björn Radke, Gerd Siebecke, Bernhard Sander; eine ausführliche Fassung dieser Thesen kann als pdf-Datei unter http://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Thesen_zur_Strategiediskussion_der_LINKEN_2011-07.pdf herunter geladen werden.

² Franz Walter, SPD: Die unsichtbare Partei, Spiegel Online vom 29.6.2011. Aus unserer Sicht haben die politischen Akteure immer noch eine bestimmende Rolle – auch wenn wir den überall zu beobachtenden immensen Vertrauensverlust ins politische System in Rechnung stellen. Es ist gegenwärtig nicht erkennbar, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure oder Bewegungen, die zweifelsohne an Bedeutung gewonnen haben, diese Rolle übernehmen könnten.



DIE LINKE debattiert ...

Die Aufschwungparolen verfangen nicht. Darauf, dass die Krise nachhaltig überwunden sei, geben – mit Blick auf Europa – selbst Optimisten keine Wetten ab. Wie Mitte des letzten Jahrzehnts »geht der Aufschwung an den Menschen vorbei«. Das »German Miracle«, die arbeitsmarktpolitische Bewältigung der Großen Krise, zeigt seinen Preis: weitere Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse und nochmals verdichtete, intensivierte Arbeitsprozesse bei wieder verlängerten Arbeitszeiten. Und die Perspektive für das Gemeinwesen kommt geradezu schnörkellos daher: Sozialstaatsabbau, Leistungsverlechterungen und Privatisierung in Gestalt einer Schuldenbremse. Das geht auch an bürgerlichen WählerInnen nicht vorbei.

In den 1980er Jahren gehörten in Westdeutschland zwei Drittel der Bürger zur Mittelschicht. 64% betrug der Anteil im Jahr 2000, heute sind es laut DIW nicht mehr als 60%. Die Oberschicht ist gewachsen – noch viel mehr aber die Unterschicht. Gesprochen wird von »Abwärtsmobilität«. Die Auszehrung der gesellschaftlichen Mitte setzt den politischen Konservatismus von unten und oben gleichermaßen unter Druck. Von unten durch einen Rechtspopulismus, der einen fulminanten Aufstieg in Europa hingelegt hat: Ausländerfeindlichkeit mit islamophobischer Zuspitzung, ein Solidaritätsverständnis, das auf dem Sozialstaat aufbaut, diesen aber in ein Instrument der Exklusion – gegen MigrantInnen, »Leistungsverweigerer« etc. – verwandelt, und Europapessimismus bis zur Europafeindlichkeit. Von oben wird dieser Aufstand des Ressentiments gestützt durch eine »rohe Bürgerlichkeit«. Beide Entwicklungen haben auch im Deutschland Masseneinfluss, aber noch keinen distinkten politisch-organisatorischen Ausdruck gefunden.

Grüne Aufstiegskultur

»Im Jahr 2011 ist keine Partei bürgerlicher als die Grünen.«³ Die Grünen repräsentieren jene Teile der modernisierten gesellschaftlichen Mitte, die sozialen und kulturellen Aufstieg

erfahren haben und auch im Ausgang der Großen Krise die stabilen Positionen der Arbeitsgesellschaft besetzen. Es ist zu kurz gedacht, den massiven Aufstieg der Grünen nur als Reaktion größerer Teile der Wahlbevölkerung auf den atomaren Gau in Japan zu werten. »Der Aufstieg der Grünen ist nach Ergebnissen der Längsschnittstudie SOEP zusammengenommen alles andere als ein kurzfristiges Phänomen, sondern vielmehr eine langfristige sowie nachhaltige Positionierung im (Bildungs)Bürgertum.«⁴ Die Grünen sind seit zwei Jahrzehnten dabei, sich im bürgerlichen Lager eine feste WählerInnenbasis zu erarbeiten. Sie rekrutieren ihre Anhänger fast ausschließlich aus jenen Teilen der Bevölkerung, die einen Abiturabschluss aufweisen. Hier haben sie bei den letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg 34% und in Bremen 32% der Stimmen erhalten – drei bzw. 13 Prozentpunkte mehr als die CDU. Bei jenen, die die Volks- oder Hauptschule absolviert haben, finden sie hingegen kaum Unterstützung. Dagegen unterstützen Arbeitslose und Geringverdiener die Grünen kaum. Die Welt der prekären Arbeit, der Marginalisierten und Entkoppelten ist ihre nicht. Entsprechend wenig Rücksicht muss grüne Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik auf die expandierenden »Zonen der Prekarität« (Robert Castel) nehmen. Das grüne Bürgertum sucht sich mit der wachsenden sozialen Spaltung zu arrangieren und erhofft sich im ökologischen Umbau der Industriegesellschaft eine neue lang anhaltende Wachstums- und Akkumulationsperspektive.

³ Franz Walter: Schwarze Angst vor grüner Gefahr, in: Frankfurter Rundschau vom 29.6.2011.

⁴ Martin Kroh/Jürgen Schupp: Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zur Volkspartei? In: DIW-Wochenbericht 12/2011

Sozialdemokratische »Abwärtsmobilität«

Sozialen Aufstieg für alle zu ermöglichen und die auseinanderstrebenden Kräfte der Gesellschaft neu zusammenzuführen – das wird immer wieder als die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie definiert. Doch mit jedem neuen Jahr wird das Pfeifen im düsteren Wald lauter. Denn tatsächlich hat sich die sozialdemokratische »Aufstiegskultur der gesellschaftlichen Mitte« weit von der Welt der einst durch sie organisierten Lohnarbeit entfernt. Seit 1998, als die SPD gemeinsam mit den Grünen nach 16 Jahren christdemokratischer Herrschaft die Regierungsgeschäfte in Berlin übernahmen, hat sie bei den ArbeiterwählerInnen 15% verloren. Mit 8% sind ArbeiterInnen zu einer Minorität unter den verbliebenen SPD-Mitgliedern geworden.

Dabei war die deutsche Sozialdemokratie einst jene Partei, die den Übergang von einer »Massenintegrationspartei, die in einer Zeit schärferer Klassenunterschiede und deutlich erkennbarer Konfessionsstrukturen entstanden war, zu einer Allerweltpartei (catch-all party), zu einer echten Volkspartei«⁵ gleichsam prototypisch vollzogen hatte. Und als Volkspartei verstand sie sich nicht nur als Wahl-, sondern auch als Mitglieder- und Programmpartei. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die Entwicklung der europäischen Sozialdemokratie nach der Absage wirtschaftsdemokratischer Transformationspolitik in den frühen 1950er Jahren durch zwei weitere Zäsuren geprägt. Die letzte, die finanzmarktkapitalistische Ausrichtung der Partei, geht auf jene Weichenstellungen zurück, die das Ende des »Goldenen Zeitalters« in den 1970er Jahren besiegelten. Damals – 1975, nach einer den bürgerlichen wie sozialdemokratischen Kosmos erschütternden Weltwirtschaftskrise – konstatierte Bruno Kreisky, der Vorsitzende und zugleich strategische Kopf der österreichischen Sozialdemokratie: »Was tun wir Sozialdemokraten für den Fall, dass die weitere Entwicklung den Pessimisten Recht gibt? Gelingt es

nämlich der europäischen Sozialdemokratie nicht, darauf eine Antwort zu geben, brauchen wir uns über vieles andere den Kopf nicht zu zerbrechen.«⁶ Die vor 36 Jahren gestellte Frage ist – das zeigt die Entwicklung der Großen Krise – bis heute unbeantwortet geblieben. Nun hat eine finanzmarktgetriebene Akkumulation die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine tiefe Strukturkrise hineingetrieben – und die Sozialdemokratie gehört zu den ProtagonistInnen dieses Niedergangs.

Es war die Politik der Sozialdemokratie in Europa, die zu einer Zersetzung der Arbeits- und Lebensverhältnisse geführt hat. Diese Politik hatte sich nicht einfach unter das Dach der »Marktwirtschaft« gestellt, sondern mit den als »alternativlos« verkündeten Sozialreformen einem finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregime überhaupt erst zum Durchbruch verholfen. Die Sozialdemokratie hat damit selbst die Axt an ihre soziale Basis und ihre Mehrheitsfähigkeit gelegt.

Neuerfindung der Sozialdemokratie hieße deshalb, dass endlich die Antwort auf die schon in den 1970er Jahren aufgeworfene Frage gegeben werden muss. Und Re-Sozialdemokratisierung kann nur bedeuten: Wer aus der globalen Krise des Finanzmarktkapitalismus heraus und eine solche Krise künftig verhindern will, muss über den Umbau, wenn nicht eine Transformation des modernen Kapitalismus sprechen. Das nur schwer zu korrigierende Negativ-Erbe besteht in der in den letzten drei Jahrzehnten aufgehäuften Unglaubwürdigkeit. Die SPD ist tief verstrickt in die Zerstörung der geschichtlichen Errungenschaft des Normalarbeitsverhältnisses und des damit begründeten Systems kollektiver sozialer Sicherheit.

⁵ Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: ders: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 352.

⁶ Willy Brandt/Bruno Kreisky/Olof Palme: Briefe und Gespräche 1972 bis 1975, Frankfurt a.M. 1975, S. 111.



.. protestiert und zeigt Flaggen & Luftballons.

Für den Zusammenhang von Transformation der SPD und Kritik durch eine linkssozialistische Partei gilt seit langem das Paradoxon: »Die SPD steht derzeit auf der anderen Seite, doch ohne die SPD ist keine Wende möglich«. Für linke Parteiformationen jenseits der Sozialdemokratie gilt daher, dass weitergehende Schritte in der »sozialen Emanzipation der Arbeit« ohne die Sozialdemokratie nicht zu haben sind.

Aus den offenkundigen Krisensymptomen der Sozialdemokratie kann jedoch nicht geschlussfolgert werden, dass die SPD als neoliberal abzuschreiben ist. Sie wird in nächster Zeit einem dreifachen Druck ausgesetzt sein, der zu innerparteilichen Zerreißproben führen und die SPD gegebenenfalls qualvoll zur Besinnung und weiteren Positionsänderungen führen kann: Auch das bürgerliche Lager hat eingesehen, dass es die Welt der Arbeit nicht komplett zugunsten einer Ownership-Society preisgeben kann. Die Grünen machen mit ihrer Revitalisierung eines Öko-Kapitalismus der SPD auf dem Feld von Innovation und sozial-ökologischem Umbau Konkurrenz. Und in ihren eingefahrenen Reflexen auf die Linkspartei muss die SPD wiederum vor Rückfällen in »Weimarer Zustände« gewarnt werden. Die Zersplitterung und Konzeptionslosigkeit der europäischen »Linken der Linken« erleichtern allerdings solche reflexhaften Ausgrenzungen und behindern den Aufbau von Druck in Richtung einer Erneuerung der Sozialdemokratie.

Die skizzierten Entwicklungslinien lassen für die nächste Bundestagswahl – spätestens 2013 – einen Regierungswechsel zu Rot-Grün erwarten. Ein solches Bündnis wird ebenso wie eine denkbare Große Koalition den Transformationsprozess nicht gestalten wollen. Sicherlich würde ein rot-grünes Bündnis – anders als ein voraussichtliches »Weiter so« einer Großen Koalition – auf eine Forcierung der energiepolitischen Wende und einige neue sozialpolitische Akzente hinauslaufen. Eine Lösung der grundlegenden gesellschaftlichen Probleme und damit eine Perspektive des gesellschaftlichen Umbaus ist aber von beiden denkbaren Konstellationen nicht zu erwarten. DIE LINKE hat damit die Aufgabe, durch die Entwicklung von Übergangsforderungen und einer mittelfristigen Perspektive die Transformation der Gesellschaft voranzubringen und darf ihre Rolle nicht auf die Radikalisierung des sozial-ökologischen Umbaus beschränken.

DIE LINKE vor strategischen Herausforderungen

DIE LINKE ist sozialstrukturell und mentalitätsmäßig großenteils aus den politisch-organisatorischen Trümmern des alten Typus des Kapitalismus zusammengesetzt. Es besteht die Herausforderung eines fragilen Gebildes: Verfestigte Armut, BürgerInnen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen, organisierte Lohnarbeit und moderne WissensarbeiterInnen stehen unverbunden nebeneinander. Und von oben werden in symbolischer Politik einseitige Synthesen übergestülpt: entweder in Form des Lafontainismus mit fundamentalistischer Schlagseite oder eines sozial-ökologischen Modernismus.

Es gelingt immer schwerer, den Großteil der Mandats- und Funktionsträger mit den Grundstrukturen des modernen Kapitalismus und den aktuellen Entwicklungstendenzen vertraut zu machen. Zwar wird laufend deutlich, dass die politische Klasse

sich im Schlepptau der Finanzmärkte bewegt; aber trotz dieses Anschauungsmaterials bleiben die Alternativen im Ungefähren und eine Verständigung über Übergangsforderungen wird zur politischen Kunst. In der Konsequenz der objektiven Probleme und der organisatorischen Schwierigkeiten verschwindet die politische Linke im öffentlichen Raum.

Die neoliberale Politik der radikalen Stärkung des Privateigentums als Antwort auf Wachstums- und Strukturprobleme der modernen kapitalistischen Staaten ist gescheitert und statt einer neuen Dynamik in der Realakkumulation hat das nur zu einer beschleunigten Schuldenakkumulation geführt. Das eröffnet Spielräume, Alternativen zu dieser Politik deutlich zu machen. DIE LINKE sollte daher ihre Ressourcen darauf konzentrieren, in der Öffentlichkeit dafür zu werben, dass in einem umfassenden Projekt der Demokratisierung der Wirtschaft die Chance zur Bündelung des Protestes gegen die neoliberale Deformation des regulierten Kapitalismus bestehen kann. In einem solchen Projekt wären Akteure aus den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und aus dem politischen Feld selbst einbezogen und könnten gegenseitige Lernprozesse gestärkt werden.

Einem solchen programmatischen Selbstverständnis, das in ein strategisches Handlungskonzept einzubinden ist, muss im politischen Alltag erst noch Akzeptanz verschafft werden. Dazu ist es erforderlich, dass sich unterhalb professioneller Politik eine möglichst breite Sensibilität gegen die massive sich verfestigende soziale Asymmetrie und Ausschließung quer durch alle unterschiedlich betroffenen Gruppen herausbildet. Nur dies befördert die Handlungsfähigkeit der betroffenen sozialen Akteure und ihre Kompetenz, Übergangsforderungen zu einem Politikwechsel hin zu einer solidarischen Ökonomie zu bündeln und unabhängig von den parteipolitischen Positionierungen einzufordern.

Damit ist auch gesagt, dass die neuen Entwicklungspfade nicht allein durch DIE LINKE gesetzt werden können. DIE LINKE hat es aber in der Hand, trotz kurzfristiger ökonomischer Erholung sensibel für die tieferliegenden sozialen Ungerechtigkeiten zu bleiben, sich von dem Protestpotenzial für die eigene politische Arbeit inspirieren zu lassen und so die politische Repräsentanz von Lohnarbeit, Prekarisierung und Ausgrenzung zugleich (zivilgesellschaftlich verankerte und politikfähige Mosaik-Linken) befördern zu können – unabhängig von möglichen Rochaden von Schwarz-Grün oder Rot-Grün.

Die Alternative zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus läuft also nicht einfach nur auf die gesellschaftliche Kontrolle des Banken- und Finanzsystems hinaus, sondern unterstellt weitreichende Veränderungen – von Reformen der sozialen Sicherheit bis hin zur Steuer- und Vermögenspolitik. Mit einer Positionierung, die diese Alternativen deutlich macht und zugleich in für die Menschen nachvollziehbare Schritte politischer Umgestaltung umsetzt, könnte es gelingen, die Grünen und die Sozialdemokratie zu stellen. Die Forderung nach einem Politikwechsel erhielte so eine eigenständige Kontur und sie könnte den Bürgerinnen und Bürgern zugleich plausibel machen, warum die DIE LINKE ein unverzichtbares Korrektiv für die Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen darstellt.

Kultur Tipp: Alles Sommertheater



Sommertheater mit Masken und Kostümen

In jeder Wetterlage hat sich das »Sommertheater St. Georg« in den vergangenen neun Augustmonaten einen guten Namen gemacht. Im zehnten, also Jubiläumsjahr gibt das Ensemble unter Leitung von Katharina Röther erneut eine klassische Komödie unter freiem Himmel, auf den Treppenstufen der Dreieinigkeitskirche im St. Georgs Kirchhof.

Titus Maccius Plautus hat mit seinem vor 2200 Jahren verfassten Stück »Gold!« das alte Rom auf die Schippe genommen. Mit groteskem Witz wird der Zusammenhang von Reichtum und Freiheit vorgeführt. Im Mittelpunkt steht dabei Euclio, der einen Schatz gefunden hat. Doch die Sorge darum lässt ihm keine Ruhe. Da taucht die alte Amme auf, die beständig herumschnüffelt. Und ein reicher Nachbar hält überraschend um die Hand von Euclios Tochter an. Die ist plötzlich schwanger, von einem anderen, versteht sich. Dann kommen noch diese verrückten Köche ins Haus. Und der Hausgeist kichert sich eins.

Wer sich köstlich amüsieren möchte, sollte einen Besuch auf dem St. Georgs Kirchhof fest einplanen. Die dreiköpfige Theatergruppe wartet erfahrungsgemäß mit einem Strauß witziger Ideen auf und spielt dieses Mal, ganz nach antikem Vorbild, mit Masken und schöner Verkleidung. Die Geschichte behandelt mit groteskem Witz Segen und Fluch von Reichtum und Besitz, sie inspirierte übrigens Molière später zu seinem berühmten Werk »Der Geizige«.

»Gold!« wird Openair an den Wochenenden **12. bis 14., 19. bis 21. und 26. bis 28. August** jeweils um **20:00 Uhr** aufgeführt. Der Eintritt beträgt 12 Euro, ermäßigt 8 Euro, Kinder zahlen 5 Euro. Den Vorverkauf regelt der Kulturladen (Alexanderstraße 16, Tel. 280 54 862, info@kulturladen.com), in dem im Übrigen noch bis zum 19. August Fotos aus der nunmehr zehnjährigen Geschichte des Sommertheaters St. Georg zu sehen sind. Alles Weitere unter www.sommertheater-hamburg.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de oder heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de.

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.